

Walter Manoschek

Rede zum Holocaustgedenktag, 27. Januar 2024

»Es ist geschehen, und folglich kann es wieder geschehen. Darin liegt der Kern dessen, was wir zu sagen haben.«

Primo Levi

So lautet das mission statement des »Personenkomitee Stolperstein Salzburg«, das den heutigen Holocaustgedenktag mitveranstaltet.

Es war noch nie so aktuell wie heute.

»From the river to the sea, Palestine will be free!«

Dieser Satz wird seit Oktober 2023 weltweit millionenfach auf antiisraelischen Demonstrationen lauthals skandiert. Dieser Slogan bedeutet nicht mehr und nicht weniger als die Auslöschung Israels.

In der Nacht des 20. August 1942 wurde das Ghetto in Kielce vom »Sonderkommando Feucht« umstellt und im Morgengrauen gestürmt:

»Es herrschte großer Lärm und Geschrei. Wir waren völlig überrascht und unvorbereitet. Das Chaos, das Jammern, Schreien und Weinen war fürchterlich und man hörte ständig Schüsse. Die Mörder schlugen mit Peitschen auf die Menschen brutal ein und verwundeten manche schwer. Sie führten ihre Tätigkeit zynisch und kalten Blutes aus. Von Zeit zu Zeit griffen Gestapobeamte oder SS-Männer Alte und Kranke, unabhängig von ihrem Geschlecht, aus der Gruppe heraus und ermordeten die Opfer durch einen Schuss ins Gesicht. In der Zwischenzeit durchkämmten die Nazi-Verbrecher die Wohnungen nach Versteckten und Gehunfähigen. Sie zerrten sie brutal heraus und ermordeten sie mit einem Kopfschuss.«

So beschrieb Adam Hefland, ein Überlebender, diese, von den Nazis als »Aktion« bezeichnete Ghettoliquidierung. Es lagen hunderte Leichen auf der Straße. Die Jüdinnen und Juden aus Kielce wurden im Laufschrift zur Bahnstation getrieben, in Viehwaggons gekarrt und nach Sobibor verschleppt, wo sie sofort in der Vergasungsanlage erstickt wurden. Die Räumung der mehr als 300 Ghettos, die es allein in Ostpolen gab, verlief immer nach dem gleichen Schema.

Die Hamas ist eine gelehrige Schülerin der Nazis. Das Massaker vom 7. Oktober 2023 ist eine Kopie der Ghettoauflösungen in Polen. Die Nazis führten die »Aktionen« zynisch und kalten Blutes durch. Sie hatten sich nicht am Morden delectiert, sie hatten nicht vergewaltigt, nicht gejubelt, nicht gefilmt, und ihre Taten nicht stolz und triumphierend in den Kinowochenschauen gezeigt.

Wenn die Hamas die Macht und die Mittel dazu hätte, würde sie nicht nur 1.200, sondern alle israelischen Jüdinnen und Juden und zudem die 1,4 Millionen palästinensischen Israelis, die sie als Kollaborateure behandeln, ermorden. Das steht explizit in der »Charta der Hamas«.

Es ist bekanntlich nicht der erste Krieg, den Israel seit seiner Staatsgründung führt. Der Gazakrieg ist der achte in den letzten 76 Jahren. Am 14. Mai 1948, einen Tag nach der Unabhängigkeitserklärung Israels, griff eine arabische Militärallianz Israel an. Ihr erklärtes Ziel war die Beseitigung des israelischen Staates. Eine Vertreterin des arabischen Hochkomitees für Palästina fasste die Erwartungen der arabischen Seite wie folgt zusammen:

»Die Entscheidung der Vereinten Nationen hat die Araber zusammengeführt, wie es noch nie zuvor der Fall war, nicht einmal gegen die Kreuzritter. [...] Ein jüdischer Staat hat keine Überlebenschance jetzt, wo der heilige Krieg ausgerufen wurde. Letztlich werden alle Juden massakriert werden.«

Der Krieg endete mit dem unerwarteten Sieg Israels. Ansonsten hätte der Staat Israel nur einige Wochen existiert.

Rund 750.000 palästinensische Araber flüchteten oder wurden vertrieben. Die Palästinenser bezeichneten Flucht und Vertreibung als »nakba« (als Katastrophe).

Aber etwa ebenso viele Juden wurden während und nach dem Unabhängigkeitskrieg aus arabischen Staaten vertrieben und ließen sich überwiegend in Israel nieder.

Rund 1,5 Millionen Palästinenser leben heute in 58 vom »Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten« (UNRWA) verwalteten Flüchtlingslagern in Jordanien, Syrien, im Libanon, im Gazastreifen und im Westjordanland.

Das Hilfswerk existiert seit 1949. Seine einzige Aufgabe ist es, sich um Palästina-Flüchtlinge zu kümmern. Es gibt weltweit nichts Vergleichbares. Es ist kein Geheimnis, dass sich die Hamas auch aus Geldern der UNRWA finanziert, die ein Jahresbudget von 1,2 Milliarden Dollar hat. Österreich finanziert das Hilfswerk mit jährlich drei Millionen Euro.

Im Jahr 2018 wurde die UNRWA vom Simon Wiesenthal Center auf Platz fünf der schlimmsten antisemitischen Vorfälle des Jahres gewählt, weil sie erstens Schülern für Proteste gegen die Anerkennung Jerusalems als Israels Hauptstadt durch die USA zwei Tage lang schulfrei gegeben hatten und

weil zweitens auch »UNRWA-Angestellte und -Schüler während den Sommerferien an Waffentrainings mit scharfer Munition teilgenommen« hatten.

Wir nehmen die palästinensischen Flüchtlingslager als etwas Selbstverständliches wahr. Tatsächlich gibt es nichts Vergleichbares auf dieser Welt.

Um diese Einzigartigkeit zu verstehen, nenne ich Ihnen einen Vergleich, der nicht hinkt und wo die reale Absurdität der Situation klar wird:

Unmittelbar nach Ende des 2. Weltkrieges wurden 1945 bis 1946 insgesamt drei Millionen Sudetendeutsche aus der Tschechoslowakei vertrieben. 270.000 wurden im Zuge der Aussiedlung ermordet. Die Vertriebenen landeten in Deutschland und in Österreich. In Österreich strandeten zwischen 150.000 und 240.000 Sudetendeutsche.

Sie lebten zum Teil bis in die späten 1950-er Jahre in Flüchtlingslager an der Grenze zur Tschechoslowakei. Politisch waren sie in Österreich nicht willkommen. Die ideologisch motivierte »Entdeutschung«, die sich mit der These von Österreich als ersten Opfer der Hitlers Aggressionspolitik vermengte, ließ für die Sudetendeutschen keinen Platz. Politik und Behörden setzten folgerichtig auf eine Politik von Abschottung und Ablehnung.

Erst nachdem sich gezeigt hatte, dass die Sudetendeutschen in Landwirtschaft und Industrie als Arbeitskräfte durchaus benötigt wurden, schwenkte die österreichische Politik vom Drängen auf den Abschub nach Deutschland hin zum Erlangen von Bleibegenehmigungen und der Verleihung der österreichischen Staatsbürgerschaft bei den letztendlich entscheidenden alliierten Besatzungsmächten um.

Bis Ende der 1950-er Jahre wurden die Lager aufgelöst und die sudetendeutsche Bevölkerung in die deutsche und österreichische Gesellschaft integriert.

Man stelle sich nun vor, die Flüchtlingslager der Sudetendeutschen würden noch heute existieren. Und die Insassen bestehen darauf, in ihre alte Heimat Sudetendeutschland zurückzukehren. Die Flüchtlingslager werden von einer UNO-Organisation finanziert. Der militärische Arm der Sudetendeutschen errichtet ein Tunnelsystem, das in die Tschechische Republik führt. Sie beschießen seit Jahrzehnten die Tschechische Republik mit Raketen. Ihre Charta sieht die Vernichtung der Tschechischen Republik und aller Tschechen vor.

Und am 7. Oktober 2023 durchbrechen sie den Grenzzaun und massakrieren, vergewaltigen und verstümmeln 1.200 tschechische Menschen, nehmen 240 Geiseln, vom knapp einjährigen Baby bis zu Greisen mit denen sie in das Tunnelsystem abtauchen und sich in Kommandozentralen unter Spitälern, Schulen, Moscheen verschanzen, um von dort aus einen asymmetrischen Krieg gegen die Tschechische Republik zu führen. Und die globale Reaktion des politischen mainstreams würde die Tschechische Republik verurteilen, weil sie militärische Schläge gegen die sudetendeutschen Terroristen durchführt.

Diese Vorstellung erscheint uns zu Recht als bizarr. Aber das ist exakt die Situation im Gazastreifen. Es ist kaum zu ertragen, dass sich weltweit, von Südafrika über die Eliteuniversitäten in den USA, bis hin zu Studierenden an der Universität für angewandte Kunst in Wien, Millionen Menschen mit der Terror- und Mordtruppe Hamas solidarisieren.

Aber es kann auch anders gehen.

Während sich zwischen Israelis und Palästinensern Hass und Wut verbreiten, gibt es unter der Zivilgesellschaft Israels auch Initiativen der Hoffnung.

Eine davon entwickelt sich seit dem Massaker der Hamas besonders stark: Die 2015 gegründete Grassroot-Bewegung »Standing Together«, in der sich jüdische und palästinensische Bürgerinnen und Bürger von Israel zusammen für Gleichheit, Frieden, Gerechtigkeit und Sozialismus einsetzen.

Sie könnte sich, so die nicht unberechtigte Hoffnung, in nicht allzu ferner Zeit zu einem Gegengewicht zur grassierenden Kriegshetze entwickeln, die sich auch in Israel verbreitet.

Die meisten der neuen Mitglieder sind junge Menschen, Araberinnen und Araber, Jüdinnen und Juden. Seit dem 7. Oktober 2023 wachsen selbst organisierte lokale und regionale Komitees wie Schwammerln aus dem Boden.

Das Rezept ist einfach: Jüdische und palästinensische Israelis treffen sich, hören einander zu und sprechen offen über ihre Befürchtungen, Ängste – und ja, auch über ihre Aggressionen. Gerade für in Israel lebende Palästinenserinnen und Palästinenser kann die Erfahrung befreiend sein.

Tamar Asadi, eine palästinensische Lehrerin aus dem Norden Israels, erzählt:

»Ich beschloss die Initiative zu ergreifen und eine Solidaritätswache der arabischen und jüdischen Gemeinden in Galiläa zu gründen. Innerhalb weniger Stunden hatten wir 350 neue Mitglieder. Wir statteten Maayan Sigal-Koren, deren fünf Angehörige aus dem Kibbuz Nir Yitzhak entführt wurden und von denen zwei immer noch in Gaza festgehalten werden, einen Solidaritätsbesuch ab; ich lud Freunde zu einem Treffen bei mir zu Hause ein.«

Das Engagement von *Tamar Asadi* in »Standing Together« ist auch eine Botschaft an ihre Schüler:

»Sie sehen eine israelische Grundschullehrerin, eine arabische Frau, eine Muslimin, eine Palästinenserin, die sich einerseits mit Israel identifiziert, sich andererseits aber nicht für ihre [arabische] Identität schämt. Der Wandel muss von der Zivilgesellschaft ausgehen.«

Seit diesem höllischen 7. Oktober 2023 hat die Bewegung mehr als hundert Aktivitäten durchgeführt. Es wurden Krankenhäuser besucht, um verwundete Soldaten zu treffen und mit jüdischen und arabischen Ärzteteams gesprochen, sie schickten Lebensmittelpakete und andere Dinge an Familien, deren Einkommensquelle versiegt ist, sie machten Solidaritätsbesuche und beobachteten und dokumentierten Fälle von rassistischer Gewalt in Israel.

Der Veranstaltungsort für eine Konferenz von »Standing Together« in Haifa am 4. November, an der 700 Personen teilnahmen, musste nach Drohungen von rechten Israelis kurzfristig verlegt werden.

Sally Abed, eine der palästinensischen Organisatorinnen, erklärte den Teilnehmenden:

»Uns wird gesagt, dass wir uns für eine Seite entscheiden müssen [...] Aber ein solcher Entscheid führt unweigerlich dazu, die Menschlichkeit der anderen Seite zu leugnen. Ich weigere mich, meiner Menschlichkeit beraubt zu werden. Ich weigere mich, meiner Israelität beraubt zu werden.«

Nach dem Treffen wurde Sally Abed von einem älteren jüdischen Mann angesprochen, der eine Kippa trug und Tränen in den Augen hatte. Er umarmte sie und sagte: »Danke, das ist das erste Mal, dass ich seit dem 7.

Oktober wieder atmen kann. Sie haben es mir ermöglicht, Schmerz für die andere Seite zu empfinden und mich wieder wie ein Mensch zu fühlen.«

Auch in Wien hat sich eine Gruppe von »Standing Together« gebildet. Sie hält jeden Mittwoch ein gemeinsame stille Kundgebung Am Platz der Menschenrechte ab.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Dr. Walter Manoschek
Salzburg, Jänner 2024